

Grünliberale Partei Kanton St. Gallen



## **Newsletter Nr. 2 / 2013**

**Liebe Mitglieder der Kantonalpartei**

**Liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten der Grünliberalen Kanton St.Gallen**

Obwohl das diesjährige Sommerloch medial bereits ziemlich erschüttert wurde, wagen wir mit unserem Newsletter das eine oder andere Thema doch noch etwas zu vertiefen.

Wir wünschen Euch einen erholsamen Sommer und freuen uns, wenn wir Euch an einer der zahlreichen Veranstaltungen im Spätsommer und Herbst begrüßen dürfen.

## **Inhalt**

ORGANISATION DER GRÜNLIBERALEN KANTON ST.GALLEN .....	3
AUS DEM KANTONSRAT .....	4
JUNISESSION 2013 .....	4
AUSSERORDENTLICHE JUNISESSION 2013 .....	4
WAHLKREIS- UND ORTSPARTEIEN .....	7
WAHLKREIS SEE-GASTER .....	7
STADT ST.GALLEN .....	7
STADT WIL .....	8
FACHGRUPPEN .....	9
FACHGRUPPE ENERGIE / UMWELT / RAUMPLANUNG .....	9
FACHGRUPPE BILDUNG / GESELLSCHAFT .....	10
AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG .....	10
TERMINE DER GRÜNLIBERALEN SG .....	11

# Organisation der Grünliberalen Kanton St.Gallen

## **Präsidium**

Werner Anderegg  
Jacqueline Gasser-Beck  
Michelle Stäheli

## **Vorstand**

Erika Häusermann  
Amir Ibrahimagic  
Karin Ilg  
Margrit Kessler  
Berat Menlikli  
Nils Rickert  
Res Schneider  
Martin Wicki  
Stefan Widmer

## **Revisoren:**

Sandro di Domenico  
Martin Jeker

## **Sekretariat**

Joel Drittenbass  
Stefan Widmer

## **Delegierte**

Andreas Alther  
Lukas Böhler  
Alfred Dubach  
Erika Häusermann  
Felix Kneubühl  
Stefan Lengwiler  
Sonja Lüthi  
Nils Rickert  
Heidi Roth

Tobias Uebelhart  
Martin Wicki  
Stefan Widmer

## **Ersatzdelegierte**

Alexander Häusermann

## **Vertreter im Vorstand Grünliberale Schweiz**

Magrit Kessler  
Michelle Stäheli

## **FachgruppenleiterInnen**

Daniel Scherrer (Verkehr)  
Simon Michel (Energie / Umwelt / Raumplanung)  
Daniel Gerber (Bildung / Gesellschaft)  
Margrit Kessler (Gesundheit / Soziales)  
Res Schneider (Wirtschaft / Finanzen)

## **Nationalrat**

Magrit Kessler

## **Kantonsrat**

Erika Häusermann (Fraktionspräsidentin)  
Karin Ilg  
Nils Rickert  
Jörg Tanner  
Martin Wicki

# Aus dem Kantonsrat

## Junisession 2013

### **Verpasste Chance für Diskussion zur Staatsgarantie**

Als einzige hat sich die GLP/BDP-Fraktion gegen die Abschreibung der Motion zur weiteren Teilprivatisierung der SGKB ausgesprochen. Dies, da im Rahmen dieser Vorlage die Möglichkeit bestanden hätte, das mit der Staatsgarantie verbunden Risiko für den Kanton kritisch zu diskutieren. Die aktuellen Entwicklungen auf der nationalen und internationalen Politik zeigen, dass von der Staatsgarantie ein reales Risiko für die Staatsfinanzen ausgeht. Die GLP/BDP-Fraktion sieht hier den Kantonsrat in der Pflicht sich damit auseinanderzusetzen. Angesichts der schwierigen Finanzlage ist es unverständlich, dass alle anderen Parteien die Verantwortung einfach an die Bankleitung delegieren.

### **Fumoirs mit Zutrittsbeschränkung auf 16 Jahre**

Die GLP/BDP-Fraktion befürwortet bediente Fumoirs als abgeschlossene Nebenräume eines Betriebs ohne eigene Ausschankeneinrichtung. Heute darf das Personal in Fumoirs das Geschirr abräumen und den Tisch reinigen, aber gleichzeitig macht es sich strafbar, wenn es Getränke serviert. Dass diese Regelung vor allem auch in ländlichen Gebieten nicht überall eingehalten und akzeptiert wird, ist verständlich, aber unbefriedigend.

Jährliche ordentliche Kontrollen durch das Lebensmittelinspektorat genügen bei weitem nicht, das Gesetz durchzusetzen und die Kontrollen können aus Kostengründen nicht verschärft werden. Ein strenges Gesetz, das nicht durchgesetzt wird schützt die Gesundheit der Arbeitnehmenden kaum und verkommt zum Papiertiger.

Die GLP/BDP-Fraktion befürwortet ein Zutrittsverbot für Jugendliche und Kinder unter 16 Jahren. Mit der Zutrittsbeschränkung soll ein präventives Element für den Raucherschutz bei Kindern und Jugendlichen neu in das Gesetz aufgenommen werden.

## **Ausserordentliche Junisession 2013**

### **Verzicht auf Staatsbeitrag an die katholische Kantonssekundarschule St.Gallen (Flade)**

Grossmehrheitlich folgte unsere Fraktion dem Vorschlag der Regierung und unterstützt die Massnahme. Es ist nicht Sache des Kantons, die katholische Sekundarschule finanziell zu unterstützen. Die finanzielle Verantwortung soll die Stadt und die Region tragen. Wir sind überzeugt, dass trotz Wegfall des Staatsbeitrages die "Flade" weiterhin bestehen bleibt. Für die Evaluation ist die nötige Zeit geschaffen worden.

### **Einsetzen zusätzlicher Steuerkommissäre**

Die Massnahme wurde von allen Mitgliedern der Fraktion begrüsst und erhielt die Zustimmung. Die Massnahme trägt dazu bei, dass alle Steuerpflichtigen dem Gesetz zwar nicht gleich, aber doch ähnlicher behandelt werden. Zudem hielt die Regierung fest, dass die Steuerkommissäre für Spezialfälle eingesetzt werden um einen beschleunigten Abschluss zu gewährleisten.

### **Beschaffung von fünf semistationären Geschwindigkeitsmessenanlagen zur Umsetzung des Verkehrssicherheitsprogramms "Via Sicura Paket II" des Bundes.**

Die GLP-BDP unterstützte die Massnahme zusätzliche Geschwindigkeitsmessenanlagen anzuschaffen. Tatsache ist, dass diese Geräte einen wesentlichen Teil zur Verkehrssicherheit beigetragen werden. Diejenigen, die sich nicht an das Gesetz halten, sollen zur Kasse gebeten werden.

### **Stellungnahme von Erika Häusermann, Fraktionspräsidentin zur Beschaffung der Radargeräte:**

#### **Genial und Witzig**

„Zu dieser Massnahme kann man der Regierung nur gratulieren, ja sie ist geradezu genial! Sie ist sogar witzig! Stellen sie sich vor, 5 Blechpolizisten setzen die Massnahme E 52 um. Ohne zu murren, arbeiten sie Tag und Nacht und beschäftigen 4 Polizisten, für deren Lohn sie auch noch aufkommen und erwirtschaften rund 7 Millionen in die Staatskasse, einfach genial!

Freuen wir uns, niemand muss bezahlen, denn niemand wird dazu gezwungen zu schnell zu fahren, es ist freiwillig.

Und wenn sie dann doch einmal zu schnell unterwegs sind, dann ärgern sie sich nicht über die Busse, sondern genießen sie das angenehme Gefühl, etwas Gutes für die Kantonsfinanzen getan zu haben- nie mehr wird ihnen eine Busse so leicht fallen.

Und, Hand aufs Herz, wir alle halten uns an die Geschwindigkeitsbeschränkungen, es sind ja nur die Reichen, die rasen mit ihren schnellen Autos und die jetzt endlich auch zur Kasse gebeten werden.

Hier liegt das Geld auf der Strasse, meine Damen und Herren, unterstützen Sie den Antrag der Regierung! Das ist gut für Ihre Gesundheit und auch gut für die Gesundheit der Bevölkerung.“

### **Erfolg der GLP/BDP-Fraktion beim Entlastungspaket**

Die Konsternation im Rat war gross, als in der regulären Juni-Session die Strassenlobby einen Überraschungscoup landete. Auf der Ziellinie brachte sie eine Vorlage zu Fall, die jährlich mehrere Millionen aus dem Strassenfonds in den allgemeinen Haushalt überführt hätte. Der Strassenbau wäre damit von den Sparmassnahmen praktisch gänzlich ausgenommen worden.

Die GLP/BDP-Fraktion übernahm umgehend die Initiative, um diesen Entscheid im Rahmen der Sondersession zum Entlastungspaket wieder rückgängig zu machen. Im Auftrag der Fraktion koordinierte GLP-Kantonsrat Nils Rickert mit SP und CVP einen Vorstoss, der die Vorlage erneut einbrachte. Gegen den Widerstand von SVP und einer Mehrheit der FDP wurde der Antrag mit einer recht sicheren Mehrheit von 66 Stimmen vom Rat angenommen. Nun gilt es, den Antrag auch noch durch den weiteren Prozess zu kriegen. Spätestens 2014 sollte dann der Strassenfonds gut 10 Millionen zur Entlastung der Staatsfinanzen beitragen. Dieser Fonds hat gegenwärtig übrigens eine Reserve von 177 Millionen (gegenüber gut 40 Millionen im Jahr 2008) und profitiert von steigenden Einnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer.

Der erfolgreiche Vorstoss zeigt, dass sich die GLP/BDP-Fraktion im Kantonsrat zu einer relevanten Kraft entwickelt hat. Sie ist nicht nur regelmässig das "Zünglein an der Waage" sondern kann auch parteiübergreifende Brücken bauen.

### **Stellungnahme der glp zur Antwort der Regierung auf die Motion „Generationenfonds“**

Mit der Motion „Generationenfonds: Probleme lösen, Werte erhalten“ stellt die glp/BDP-Fraktion ein innovatives Konzept für eine nachhaltige Finanzpolitik zur Diskussion. Leider ist dieses zukunftsgerichtete Instrument, das eine langfristige Stabilisierung des Finanzhaushalts anstrebt, vom Regierungsrat zu Unrecht in die Ecke der „Pflasterlipolitik“ gestellt worden. Die Fraktion glp/BDP setzt sich dafür ein, dass sich Parlament und Regierung neben der aktuell heissen Diskussion rund um das Entlastungsprogramm auch mit neuen Ideen zur langfristigen Lösung der Finanzmisere auseinandersetzen.

*Die Regierung erweckt einen falschen Eindruck über das Ziel des Generationenfonds.*

Die Regierung kritisiert, der Generationenfonds „leiste ... keinen Beitrag zur Beseitigung des Haushaltsdefizits des Kantons.“ Dafür ist die Motion auch nicht gedacht! Die Motion will nicht den Haushalt von heute sanieren sondern verfolgt das vom Regierungsrat befürwortete Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik. Der Generationenfonds verhindert auch keinen der angestrebten Schritte des Entlastungsprogramms 2013.

*Die Regierung behauptet zu Unrecht, die Finanzpolitik würde mit dem Generationenfonds un stetig und wäre nicht mehr langfristig ausgerichtet.*

Genau das Gegenteil ist der Fall. Der Fonds will eine langfristige Finanzpolitik, welche die Bereinigung struktureller Probleme nicht mit Sondererträgen auf später, womöglich sogar auf spätere Generationen verschieben kann. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Kanton nicht in der Lage ist, eine langfristige Finanzpolitik zu betreiben, so-lange freie Mittel zur Kaschierung struktureller Defizite zur Verfügung stehen: Seit 2009 hat der Kanton rund eine Milliarde Franken (d.h. rund 2/3 des Eigenkapitals oder mehr als 2'000 Franken für jede Einwohnerin und jeden Einwohner) dafür verwendet, laufende Defizite zu finanzieren. Diesem Umstand verdanken wir, dass wir erst heute über eine aus dem Lot geratene Staatsrechnung und das Entlastungsprogramm 2013 diskutieren.

Ein Generationenfonds hätte diese Diskussion schon viel früher in die Wege geleitet und zu einem langfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt beigetragen, respektive diesen erzwungen.

*Die Regierung gibt das Konzept der glp/BDP in mehreren Punkten falsch wieder.*

Erstens schreibt die Regierung, dass die laufenden Ausschüttungen der Nationalbank von 40 Mio. Franken pro Jahr dem Generationenfonds zugewiesen werden müssten und daher der laufenden Rechnung entzogen würden. Das ist eine klare Falschaussage. In der Motion steht ausdrücklich, dass nur Sondererträge der Nationalbank – d.h. einmalige Ausschüttungen – in den Fonds fließen sollen. Auf die regulären Ausschüttungen von 40 Mio. Franken hätte der Generationenfonds keinen Einfluss.

Zweitens verschweigt der Regierungsrat, dass nicht das gesamte freie und besondere Eigenkapital dem Generationenfonds gutgeschrieben würde. In der Motion steht klar, dass die Erst-Einlage aus dem freien und dem besonderen Eigenkapital besteht, abzüglich eines angemessenen Betrags zur Förderung der Gemeindefusionen.

Drittens erweckt die Regierung den Eindruck, der Generationenfonds würde es verunmöglichen, freies Eigenkapital zu bilden, das einen Puffer für konjunkturelle Schwankungen von Staatseinnahmen und –ausgaben bilden kann. Die Motion verhindert jedoch nicht, dass freies Eigenkapital aufgebaut wird. Erwirtschaftet der Kanton in Zukunft Überschüsse, so kann er neues Eigenkapital bilden, das dann als Puffer zur Verfügung steht. Nur Sondererträge fließen in den Generationenfonds. Die glp begrüsst freie Mittel als Pufferfunktion, nur soll diese Pufferfunktion nicht durch Sondererträge oder den Verkauf von Tafelsilber erfüllt werden.

*Die Regierung verlässt sich auf sichere Prognosen in Bezug auf das freie Eigenkapital*

Der Regierungsrat schreibt, das freie Eigenkapital werde entgegen der Befürchtungen der Motionäre nicht vollständig abgebaut. Das Defizit sei nur noch 2014 aus dem freien Eigenkapital zu finanzieren. Danach könne das freie Eigenkapital, sofern keine Negativszenarien eintreten, schrittweise wieder aufgebaut werden.

Zwischen 2009 und 2012 reduzierte sich das freie Eigenkapital von 878 Mio. 2009 auf 320 Mio. Aufgrund der mit dem Voranschlag 2013 beschlossenen Bezüge von 80 Mio. und den nochmals 80 Mio. zur Schliessung der Finanzierungslücke im Jahr 2014 befinden sich Ende 2014 bestenfalls noch etwa 160 Mio. im Topf "freies Eigenkapital". Sollten entgegen der optimistischen Prognose der Regierung für 2015 und 2016 erneut Entnahmen in der bisherigen Gröszenordnung nötig werden, wäre das Eigenkapital möglicherweise bereits 2015 vernichtet.

Fazit

Die Motion „Generationenfonds“ strebt, wie der Regierungsrat, eine langfristige Finanzpolitik an. Im Gegensatz zur heutigen Politik bietet der Generationenfonds ein konsequentes Konzept und beseitigt die Ausweichmöglichkeiten, welche in der Vergangenheit dazu beigetragen haben uns in die heutige Misere zu führen.

Der Rat ist mit 8:86 Stimmen nicht auf die Motion eingetreten. Die GLP-BDP bedauert diesen Entscheid, denn wir sind der Meinung, die nachfolgenden Generationen sollten über ein ausreichendes Eigenkapital verfügen.

## **Wahlkreis- und Ortsparteien**

### **Wahlkreis See-Gaster**

Von Nils Rickert

Im Wahlkreis See-Gaster stehen zwei lokale Themen aus Rapperswil, sowie der Dauerbrenner öffentlicher Verkehr im Fokus der glp. Eine Arbeitsgruppe der Ortspartei Rapperswil-Jona hat sich mit dem Schlosskonzept von Stadt und Ortsgemeinde auseinandergesetzt. In Rahmen der Vernehmlassung stellte die glp klare und grundlegende Forderungen, insbesondere eine Auflösung des Polenmuseums in der heutigen Form. Vielmehr soll die Rolle der Polen in der Geschichte des Schlosses in ein Gesamtkonzept integriert werden. Nur so kann Nutzbarkeit und die Attraktivität des Schlosses verbessert werden.

Die Stadt Rapperswil-Jona ist die grösste Stadt der Schweiz ohne Parlament. Die glp hat vor knapp zwei Jahren das Thema neu lanciert. Anfang Juli wurde nun ein breit abgestützter Verein zur Lancierung einer Initiative gegründet. Glp-Vizepräsident Rinaldo Willy ist Mitglied der Arbeitsgruppe, die die neue Gemeindeordnung ausarbeitet.

Das Linthgebiet wurde in den vergangenen Jahrzehnten beim öffentlichen Verkehr vernachlässigt. Mit der Stadtbahn Obersee soll diese Situation 2018 deutlich verbessert werden. Seit die SBB eine Verzögerung der Umsetzung angedroht hat, koordiniert Kantonsrat Nils Rickert die Interventionen von regionalen Kantonsräten bei Regierung und SBB. Er setzte sich auch erfolgreich für einen Bushalt in Gommiswald ein, solange der Rickentunnel gesperrt und durch einen Bus ersetzt wurde.

### **Stadt St.Gallen**

Von Daniel Rüttimann

#### **Vorstand und Parlament**

An der Mitgliederversammlung vom 18. März 2013 wurde Daniel Rüttimann zum neuen Präsidenten der glp Stadt St. Gallen gewählt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Nadine Niederhauser, Lucia Podolsky und Dominique Hätterschwiler. Jacqueline Gasser-Beck, Daniel Weder sowie Jonas Steppacher stellten sich nicht mehr zur Wiederwahl.

Im Parlament wurden mehrere Vorstösse durch grünliberale Parlamentsmitglieder eingereicht. Die werden künftig auf der Website der Stadtpartei aufgeschaltet. Erste Vorstösse finden sich bereits online (<http://stgallen.grunliberale.ch/arbeit.htm>).

#### **Aktive lokale Arbeitsgruppen**

Die Hauptversammlung vom März 2013 verabschiedete als Jahresziel, dass die glp der Stadt St. Gallen sichtbar wird und aktiv Themen aufgreift. Als Mittel zur Umsetzung wurden damals themenspezifische Projektgruppen genannt. Drei solche Gruppen konnten inzwischen gebildet werden. Dabei werden mit den Themen Umwelt, Soziales sowie Wirtschaft die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit umfassend abgedeckt. Die Mitglieder dieser Fachgruppen arbeiten engagiert und entwickeln aktiv Themen. Die Fachgruppen sind offen für weitere interessierte Mitarbeitende.

#### **Fachgruppe Verkehr**

Einen innovativen Vorschlag zur heiss diskutierten „Teilspange“, erarbeitete die Fachgruppe Verkehr. Das Projekt der Teilspange sieht vor, einen zusätzlichen Autobahnanschluss ins Güterbahnhofareal zu bauen, um den Bereich Kreuzbleiche – Leonhard zu entlasten. Die Idee der Arbeitsgruppe betrachtet im Gegensatz zu ersten offiziellen Ideen jedoch den Gesamtverkehr. Mittels eines unterirdischen Kreisel soll an der Oberfläche Platz für den Langsamverkehr sowie die geplante Eigentrassierung des öffentlichen Verkehrs geschaffen werden. Mehr dazu im Tagblattbeitrag vom 22. Juni:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-ag/Kreisel-statt-Teilspange;art197,3448244>

#### **Fachgruppe Soziales**

Die Fachgruppe Soziales hat sich ebenfalls bereits zu mehreren Sitzungen getroffen und mögliche Themen evaluiert. Momentan wird die Situation der Kindertagesstätten in der Stadt St. Gallen evaluiert.

## Stadt Wil

### Quartierschulhaus-Initiative in Wil kommt am 22. September 2013 zur Abstimmung

Die Quartierschulhaus-Initiative eines überparteilichen Komitees unter Federführung der GLP kommt ganz unerwartet ohne Gegenvorschlag zur Abstimmung. Wie wurde dies möglich? Was sind die politischen Lehren daraus?

Die für Wil erforderlichen 1092 Unterschriften für eine Initiative sind mehr als in der viermal grösseren Stadt St. Gallen, weshalb in Wil das Initiativ-Recht sehr selten ergriffen wird. Die erfolgreich eingereichte „Quartierschulhaus-Initiative“ ist somit eine Meisterleistung einer kleinen überparteilichen Gruppe unter der Leitung von Erika Häusermann. Sie sammelten im Städtchen Wil 1407 Unterschriften, und der Stadtrat erklärte am 3. Juli 2012, dass die Quartierschulhaus-Initiative zustande gekommen ist.

Der Stadtrat und die entsprechende Kommission liessen sich dann aber mit der Weiterbehandlung dieser Initiative Zeit, zu viel Zeit, wie das Parlament im Nachhinein mit Schrecken feststellen musste. Die von den Gegnern gewählte Verzögerungstaktik diente dem Ziel, für die vom linken Flügel im Parlament (inkl. CVP) bevorzugte Idee einer einzigen zentralen Primarschule zur Integrationsförderung Zeit zu gewinnen.

Sozial Durchmischung ist gut, aber nicht auf dem Buckel der Primarschüler. Die Grundausbildung ist zu wichtig, als dass sie für ein Integrationsprojekt missbraucht werden soll. Zudem verleiten weite Schulwege die Eltern dazu, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen, was auch ökologisch sinnlos ist.

Im Laufe der Zeit fragten wir uns, wie lange die Abstimmung über unsere Initiative hinausgeschoben werden kann. Erika Häusermann erkundigte sich beim Amt für Gemeinden, da in der vorläufigen Gemeindeordnung der Stadt Wil keine explizite Frist genannt ist. Somit gilt das übergeordnete kantonale Gesetz über Referendum und Initiative (sGS 125.1 RIG). In Art. 44 Abs. 3 ist eine Gesamtfrist von elf Monaten vorgesehen, innert welcher Regierungsrat und Kantonsparlament Beschluss zu fassen haben.

Da es sich bei dieser Frist um eine Verwirkungsfrist handelt, die nicht erstreckt werden kann, muss diese Frist von 11 Monaten zwingend eingehalten werden. Der Stadtrat Wil sah sich deshalb gezwungen, die Abstimmung über die „Quartierschulhaus-Initiative“ auf Sonntag, 22. September 2013 festzulegen.

Zum Entsetzen vieler Parlamentarier kommt die Initiative nun zur Abstimmung, ohne dass das Parlament einen Gegenvorschlag ausarbeiten konnte, was insbesondere den Befürwortern der sozialen Durchmischung gar nicht passt. Für das seit Jahren geplante Primarschulhaus im wachsenden Norden der Stadt stehen damit die Chancen gar nicht schlecht trotz der zu erwartenden linken Opposition.

Diese Erfahrung zeigt, dass auch die hochbezahlten Exekutiv-Politiker nicht allwissend sind (sie tun nur so) und es sich allemal lohnt, sich um Vorschriften an übergeordneter Stelle zu erkunden. Es gilt auch hier: „Wissen ist Macht!“



## Fachgruppen

### Fachgruppe Energie / Umwelt / Raumplanung

In den letzten Monaten haben wir uns intensiv mit der Erarbeitung eines Energiepositionspapiers auseinandergesetzt. Es wurde sowohl in der Fachgruppe als auch im Parteivorstand intensiv diskutiert. Die Meinungen dazu lagen auch innerhalb der Partei auseinander, und es war kein leichtes Unterfangen, Forderungen und Positionen zu formulieren, hinter welchen alle involvierten Personen stehen können

Schon jetzt sind wir daran, Forderungen auf dem Positionspapier Realität werden zu lassen. Martin Wicki hat zusammen mit der Fachgruppe eine Interpellation zur SAK und deren Energiestrategie eingereicht. Weiter haben wir die SP-Initiative „Energiewende- St.Gallen kann es“ diskutiert – auch dazu wird Martin sich in der Diskussion im Kantonsrat einbringen können.

Daneben haben wir viele andere spannende Themen wie Rückgewinnung von Wertstoffen in Kehrlichtverbrennungsanlagen, oder Blockheizkraftwerke in unseren drei Sitzungen seit Anfang Jahr besprochen.

Wir würden uns freuen, weitere Mitglieder begrüßen zu dürfen, welche sich vor allem für Umwelt und Raumplanung interessieren. Die Fachgruppe ist in den letzten Monaten gewachsen und eine Ausdehnung auf Umwelt und Raumplanungs-Themen wäre wünschenswert. Personen die gerne in diesen Bereichen etwas beitragen möchten und auch eigene Themen in die Fachgruppe einbringen möchten, sind eingeladen sich bei Heini Studer zu melden, da Simon Michel bis Ende Jahr aufgrund seines Auslandsaufenthaltes die Leitung übergeben hat.

Interessierte melden sich bei: Heini Studer: [hstuder@gmx.net](mailto:hstuder@gmx.net)

#### Veranstaltungshinweise:

##### **26. Okt. 2013, 14 Uhr, Steinbruch Bärlocher, Staad**

Sandsteinabbau in der Region, Abbau und Natur in Gemeinschaft, Steinbearbeitung von Hand in der Schweiz

Themen:

- Lebensraum für Feuersalamander und zahlreiche Pionierarten Invasive Neophyten, was nun?
- Weshalb Sandstein aus Staad?
- Wie wird Sandstein heute abgebaut?
- Wer nutzt den Staader Sandstein?

##### **Vorankündigung 17. Mai 2014, 14 Uhr, HASTAG St. Gallen, Kiesgrube Niederbüren:**

Endgestaltung (in der Umsetzungsphase) einer Abbaustelle mit zahlreichen ökologischen Elementen (Gewässern, Hecken, Wiesen), Rückbau Kieswerk, Rekultivierung Landwirtschaftsflächen

Themen:

- Lebensraum für Gelbbauchunken, Geburtshelferkroten und Wasserbüffel
- Enge Zusammenarbeit mit Landwirten in der Endrekultivierung
- Kies - Beton – Aushub – Recycling

Anmeldung und weitere Infos: [sonja.luethi@solar-sg.ch](mailto:sonja.luethi@solar-sg.ch)

## Fachgruppe Bildung / Gesellschaft

Die nächste Fachgruppensitzung Bildung & Gesellschaft findet am 28.08.2013, ab 18.15 Uhr, statt. Ort: BVS, St. Gallen. Thema: Lehrplan 21 und weitere Bildungsthemen. Interessierte Mitglieder sind herzlich willkommen.

Teilnahme bitte anmelden bei Daniel Gerber: [daniel.gerber@grunliberale.ch](mailto:daniel.gerber@grunliberale.ch)

## Ausserordentliche Mitgliederversammlung

Für die Parolenfassung der Abstimmungen vom 22. September 2013 wird am **Dienstag 27. August** eine ausserordentliche Mitgliederversammlung abgehalten. Alle Mitglieder sind herzlich zum Apéro eingeladen welcher vor der Mitgliederversammlung stattfindet.

Folgende Vorlagen werden an der Mitgliederversammlung diskutiert werden:

1. Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»;
2. Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG)
3. Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG; Öffnungszeiten der Tankstellenshops).

Informationen zu Veranstaltungsort und –zeit werden zu einem späteren Zeitpunkt in der Einladung bekanntgeben.

## Termine der Grünliberalen SG

2013	
22.8	Ausserordentliche Session Kantonsrat
27.8	St.Gallen; Stadtparlament
27.8	Ausserordentliche MV, Parolenfassung
28.8	Sitzung Fachgruppe Bildung
29.8	Wil; Stadtparlament
9.9 – 27.9	Session Bundesparlament
16.9 – 18.9	Session Kantonsrat
22.9	Abstimmungstermin Eidgenössische Vorlagen: 1. Volksinitiative "Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht" 2. Epidemien-gesetz. Revision 3. Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops.
24.9	St.Gallen; Stadtparlament
26.9	Wil; Stadtparlament
12.10	Delegiertenversammlung glp Schweiz
22.10	St.Gallen; Stadtparlament
26.10	Kiesgrubenbesichtigung, Steinbruch Bärlocher, Staad
7.11	Wil; Stadtparlament
19.11	St.Gallen; Stadtparlament
24.11	Abstimmungstermin
25.11 -27.11	Session Kantonsrat
25.11 - 13.12	Session Bundesparlament
3.12	St.Gallen; Stadtparlament
5.12	Wil; Stadtparlament
10.12	St.Gallen; Stadtparlament

*Wir bitten die Fachgruppen, die Wahlkreis- und Ortsparteien, uns ihre Termine mitzuteilen, damit wir diese ebenfalls in diese Übersicht einfügen können.*

### Aktuelle kantonale Volksinitiativen

#### Initiative «Bezahlbare Krankenkassenprämien für alle! (Prämienverbilligungsinitiative)»

Aktueller Stand: Einreichung zur Prüfung der Zulässigkeit am 5. Juli 2013.

#### Initiative «Faires Entlastungsprogramm (Finanzinitiative)»

Aktueller Stand: Einreichung zur Prüfung der Zulässigkeit am 24. Mai 2013.

#### Initiative «Steuererhöhungen vors Volk!»

Aktueller Stand: Unterschriftensammlung.

#### Initiative «'Sicherheit durch Transparenz' - (Nennung der Staatsangehörigkeit von Tätern und Tatverdächtigen)» (29.10.02)

Aktueller Stand: Der Kantonsrat hat der Initiative zugestimmt und den VIII. Nachtrag zum Polizeigesetz (22.11.02) erlassen.

#### Initiative «Volksinitiative für zeitgemässe Bibliotheken im Kanton St.Gallen (Bibliotheksinitiative)» (29.12.01 / 22.12.08)

Aktueller Stand: Die Bibliotheksinitiative ist am 4. März 2013 zurückgezogen worden. Das Bibliotheksgesetz (Gegenvorschlag zur Bibliotheksinitiative) wird am 1. Januar 2014 in Kraft treten.

#### Initiative «Energiewende - St.Gallen kann es!»

Aktueller Stand: Bericht und Antrag der Regierung.

#### Initiative für das Verbot gewisser Tierprodukte

Aktueller Stand: Die Regierung hat die Unzulässigkeit dieser Initiative festgestellt.

Quelle:

[http://www.abstimmungen.sg.ch/home/referenden\\_und\\_initiativen.html](http://www.abstimmungen.sg.ch/home/referenden_und_initiativen.html) / Stand: 10.7.2013

Ersteller Newsletter Grünliberale Partei (glp) Kanton St. Gallen, 9000 St. Gallen

Ansprechperson betreffend Newsletter:

Sekretariat, Stefan Widmer

Telefon +41 79 762 07 62

email [sg@grunliberale.ch](mailto:sg@grunliberale.ch)

Datum 11. Juni 2013

[www.sg.grunliberale.ch](http://www.sg.grunliberale.ch)